

REPORT

Strukturwandel von Kohleregionen – Erfahrungen aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Deutschland und der Europäischen Union

3. April 2019, 16:00-18:00 Uhr
Europäisches Haus, Jungmannova 745/24, 110 00, Praha

- Am Mittwoch, den 3. April 2019, fand im Europäischen Haus in Prag ein Runder Tisch zum Thema Strukturwandel von Kohleregionen statt. Über ihre Erfahrungen sprachen hier Vertreter_innen aus der Tschechischen Republik (Gabriela Nekolová, Managerin des Programms RE:START), aus der Slowakei (Ladislav Šimko, Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Investitionen und Digitalisierung) und Deutschland (Katja Müller, Zukunftswerkstatt Lausitz) mit einem Vertreter der Europäischen Kommission (Andreas von Busch, Generaldirektion für regionale Entwicklung). Die Diskussion moderierte Anna Karníková vom Zentrum für Verkehr und Energie und es nahmen mehr als dreißig Vertreter_innen der Fachöffentlichkeit teil. Den Runden Tisch veranstaltete die tschechische Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik EUROPEUM und dem Zentrum für Verkehr und Energie.

Hauptthema der Diskussion war eine effektive Hilfe für Regionen, deren Wirtschaft in der Vergangenheit auf die Kohleförderung fixiert war und die nun in einer unverhältnismäßig großen Form mit den Folgen zu tun haben – ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen. Ebenso unverhältnismäßig stark wird in den kommenden Jahren das Ende der Förderung dieser nicht nachwachsenden Ressource Folgen für diese Regionen haben. Unter dem Eindruck des fortschreitenden Klimawandels ist das Förderende aber unvermeidlich. Man spricht daher von strukturell betroffenen Regionen, in denen es einer koordinierten Arbeit für ihre Entwicklung und einer rechtzeitigen Vorbereitung für den Kohleausstieg bedarf. Die Diskussion konzentrierte sich auch darauf,

welche Rolle die Europäische Union beim Übergang der Kohleregionen in eine kohlenstoffarme Wirtschaft spielen kann. Dafür wurde von der EU die **Plattform für Kohleregionen im Wandel** (*Coal Regions in Transition*) initiiert, der auch die Kohleregionen in Tschechien und in der Slowakei als Mitglieder angehören.

Andreas von Busch eröffnete mit der verhältnismäßig unüblichen Feststellung, dass „der Kohleausstieg vor allem billig“ sei. Eine Kombination durch die verringerte Belastung der Umwelt und des Gesundheitswesens zusammen mit der Entwicklung von neuen Industriezweigen wie etwa erneuerbaren Energien bringe mehr Mittel in die Staatskasse als die bestehende Kohleförderung und alle

Fördermaßnahmen, die mit ihr zusammenhängen. Insgesamt wird geschätzt, dass in der ganzen Europäischen Union in der Kohlewirtschaft und anhängenden Industriezweigen 85.000 Menschen beschäftigt sind, wobei es in der Tschechischen Republik um 18.000 Arbeitsplätze geht, die von der Transformation betroffen sein könnten. Von Busch zufolge wird die gegenwärtige Entwicklung in Europa von zwei Themen beeinflusst: **Gerechtigkeit und Klimawandel**. Im Kohleausstieg sieht er eine Verbindung der beiden Themen. Es sei daher notwendig, in den Kohleregionen die Grundsätze einer gerechten Transformation einzuhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, unabhängig von der Kohleindustrie.

Gabriela Nekolová stellte dann das tschechische Regierungsprogramm RE:START vor, das auf eine strukturelle Erneuerung der Kreise Ústí nad Labem, Karlsbad und Mährisch-Schlesien abzielt. In diesem Jahr tritt das Programm in seine zweite Phase ein und die Aktivität verschiebt sich hin zur **Herausbildung einer Strategie und ihrer Anwendung**. Der Akzent liegt nun auf der Umsetzung von Projekten und der Nutzung von Fördermitteln. In die drei strukturell betroffenen Kreise kommen so rund 6 Milliarden Kronen. Zukünftig benötigen diese drei tschechischen Regionen von Seiten der EU speziell für die Kreise ausgeschriebene Förderungen in den EU-Operationsprogrammen und nicht wie bislang Programme für die Tschechische Republik in Gänze. So würde sich laut Nekolová die Nutzung europäischer Mittel zur Entwicklung dieser Kreise erhöhen. Die hätten bislang Probleme, diese europäischen Förderungen auszuschöpfen. Weiterhin sei es **grundlegend, auch den ökonomischen Sektor miteinzubeziehen**, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die in der Zukunft mit ihren Arbeitsplatzangeboten die großen Kohlekonzerns ersetzen können.

Es folgte Ladislav Šimko, der die Situation in der slowakischen Region der Oberen Nitra darstellte, in der Tagebau betrieben wird. Im Unterschied zur Tschechischen Republik **ist die slowakische Kohleförderung nur auf eine verhältnismäßig kleine Region konzentriert** und erreicht auch nicht eine so hohe Beschäftigtenzahl wie in der Tschechischen Republik (in der Slowakei sind direkt im

Bergbau 2500 Menschen beschäftigt, mit angegliederten Berufszweigen handelt es sich um maximal 9000 Arbeitsplätze). Auch im Energiemix der Slowakei spielt die Kohle nicht eine solch starke Rolle wie in Tschechien. Die Slowakei ist zudem vorne in der Frage eines geregelten Ausstiegs – die dortige Regierung verkündete, **dass 2023 staatliche Förderungen für den Braunkohletagebau eingestellt würden**. Nach dem Vorbild der Tschechischen Republik will die slowakische Regierung einen Aktionsplan erarbeiten, um die Transformation in eine kohlenstofffreie Wirtschaft voranzutreiben. Die größte Herausforderung wird es sein, für die neue Region, die bislang von der Kohle angetrieben wurde, einen neuen Motor zu finden. Die Wirtschaft in der Oberen Nitra ist aber sehr ausdifferenziert und als neue Quelle für Beschäftigung und Energie könnte zum Beispiel das Geothermalpotenzial der Region dienen. Das größte Problem ist **der große Anteil an Niedriglohnbeschäftigung, die schlechte Infrastruktur und der Wegzug von Bevölkerung**. Die Regierung will von daher auf neue Technologien setzen und auf eine Kreislaufwirtschaft, womit die Attraktivität der Region erhöht werden könnte.

Die letzte Rednerin war Katja Müller, die die Arbeit der deutschen Initiative Zukunftswerkstatt Lausitz vorstellt. Diese Region wird, wie die genannten Regionen in Tschechien und in der Slowakei, seit vielen Jahren vom Tagebau dominiert. **In diesem Sektor sind ungefähr 8500 Menschen beschäftigt** und seit 2015 wird die Förderung zurückgefahren und soll 2038 eingestellt werden. Hauptziel der Zukunftswerkstatt ist es, so viele Einheimische wie möglich in die Planung und in die Entscheidungsfindung zur Zukunft der Region einzubeziehen. Sie will **mit 75% der Bevölkerung der Lausitz in den Dialog treten**. Zur Kommunikation mit den Menschen kommt es zum Beispiel in Einkaufszentren oder auf Wochenmärkten. So sollen möglichst viele Menschen in ihrem Alltag angesprochen werden. Dank der Teilhabe erhöht sich das Interesse der Einheimischen an ihrer Region und einer massenhaften Abwanderung wird vorgebeugt.

Es folgte eine Diskussion mit den geladenen Gästen. Die gestellten Fragen betrafen zum Beispiel die Notwendigkeit, Kohlekraftwerke im Lichte des neuen IPCC-

Berichts unmittelbar abzuschalten. Es ging auch um eine Reform der Nutzung von Gewinnen aus dem Emissionshandel. Die Diskussion befasste sich auch damit, das Image der Kohleregionen zu verändern in „Kreise von Seen“, was der Tourismusentwicklung dienen dürfte. Dies wiederum könnte neue Beschäftigung nach dem

Kohleausstieg bieten. Der Runde Tisch fand sein Ende mit einer lebhaften Diskussion über die Möglichkeiten, die Bürger_innen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse in Tschechien und der Slowakei einzubeziehen. Es bestand Einigkeit dahingehend, dass dies vonnöten sei.

Supported by:



Federal Ministry
for the Environment, Nature Conservation
and Nuclear Safety



European
Climate Initiative
EUKI

based on a decision of the German Bundestag



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union